

Leitantrag der
Jungen Union Schleswig-Holstein zum SHT 2013

Leistung muss sich lohnen!
Ist unser Sozialsystem noch gerecht?

31	Einleitung.....	1
32	Arbeitsmarkt.....	3
33	Bildung als Garant in eine unabhängige Zukunft.....	4
34	Demografischer Wandel.....	5
35	Transferleistungen.....	5
36	Jugendliche Leistungsempfänger	5
37	Reformation der Bafög Regelung	6
38	Leistungsmissbrauch / Leistungskürzungen	7
39	Wiedereingliederung / Sozialdienste	7
40	Steuerpolitik	7
41	Einkommensteuer.....	9
42	Umsatzsteuer.....	10
43	Vermögenssteuer	12
44	Erbschafts- und Schenkungssteuer.....	12
45	Vermögensabgabe.....	12
46	Grunderwerbssteuer	13
47	Kfz-Steuer	13
48	Finanzverwaltung	13
49	Bekämpfung von Steuerhinterziehung.....	13
50	Verteilung der Steuereinnahmen auf die Gebietskörperschaften	14
51	Schluss.....	14
52		
53		
54		
55		
56		

57 **Einleitung**

58 Die Bundesrepublik Deutschland hat ein Sozialsystem auf das wir stolz sein können.

59 Es ist ein christdemokratisches Grundverständnis, dass die Solidargemeinschaft für diejenigen
60 sorgt, die für ihren Lebensunterhalt nicht aus eigener Kraft sorgen können. Hierbei muss
61 jedoch eine gewisse Verhältnismäßigkeit eingehalten werden. Es darf nicht sein, dass
62 Leistungsträger stärker belastet werden, um gleichzeitig Sozialleistungen immer weiter
63 auszubauen.

64 Wir sollten daher keine zusätzlichen unverhältnismäßigen Sozialleistungen einführen, nicht
65 zwingend notwendige Leistungen kürzen oder streichen, Motivationsanreize für
66 Leistungsempfänger schaffen und Leistungsträger entlasten. Ebenso muss unser Augenmerk
67 der demografischen Entwicklung gelten. Durch die fortschreitende Überalterung unserer
68 Gesellschaft wird es zunehmend schwieriger den Generationenvertrag auf einem gesunden
69 Fundament zu halten, deswegen ist eine grundlegende Sanierung der Rentenpolitik
70 vorzunehmen. Nur so kann eine angemessene finanzielle Versorgung im Alter gewährleistet
71 werden ohne gleichzeitig die junge Generation immer stärker zu belasten. Darüber hinaus ist
72 eine grundlegende Überarbeitung der Steuergesetzgebung unumgänglich, um mehr
73 Gerechtigkeit zu ermöglichen und um vor allem Familien zu entlasten.

74 Die Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft haben mitgeholfen unser Heimatland wieder
75 aufzubauen und zu dem zu machen was es heute ist. Nun ist es wichtig, dass wir uns diesen
76 Erfolg nicht durch staatliche Eingriffe in den Markt und Konstrukte, die nur auf den ersten Blick
77 sozial erscheinen, wieder zerstören lassen.

78

79 **Arbeitsmarkt**

80 In Bezug auf die Arbeitsmarktpolitik ist vor allem der Grundsatz zu beachten, dass sozial ist,
81 was Arbeit schafft.

82 Die Ursache der Grundproblematik ist nach wie vor in den konstant hohen Arbeitslosenzahlen
83 zu sehen, dies gilt insbesondere in Bezug auf Langzeitarbeitslose.

84 In den letzten Jahren konnte die Arbeitslosigkeit in einem gewissen Maße abgesenkt werden.
85 Dennoch gibt es derzeit (Stand September 2013) immer noch rund drei Millionen registrierte
86 Arbeitssuchende und 1 Million Menschen suchen hierbei bereits länger als ein Jahr nach einer
87 neuen Beschäftigung. Die Agenda 2010 hat in Verbindung mit der Flexibilisierung des
88 Arbeitsmarktes zu gewissen Erfolgen und einer Verringerung der Arbeitslosigkeit geführt,
89 dennoch ist das Problem noch nicht behoben. Die Vielseitigkeit der unzähligen Problemstellungen der
90 Arbeitsmarktpolitik erfordern daher weitere Maßnahmen.

Um diesen Missstand zu beseitigen, brauchen wir bessere Qualifizierungsmöglichkeiten, Abbau von Einstellungsbarrieren und die Stärkung von Arbeitsanreizen.

Der Einführung eines einheitlichen gesetzlichen Mindestlohns lehnt die Junge Union Schleswig – Holstein entschieden ab. Dagegen wird eine regional- und branchenspezifische Einigung der jeweiligen Tarifvertragsparteien als verbindliche Lohnuntergrenze befürwortet. Die Junge Union Schleswig-Holstein vertritt die Ansicht, dass man als ausgebildete oder angelernte Arbeitskraft in Vollzeit seinen Lebensunterhalt alleine bestreiten können muss ohne auf zusätzliche Transferleistungen des Staates angewiesen zu sein.

Frauenquote: Auch wenn die traditionellen Rollenbilder sich immer mehr auflösen und Frauen immer häufiger Karriere machen sind sie in Führungspositionen der Unternehmen noch nicht sehr stark vertreten. Dies liegt jedoch nicht daran, dass den Frauen keine Gelegenheit gegeben wird, in die Führungsebene der Unternehmen zu gelangen, sondern häufig an anderen Gründen wie etwa der bereits durch die Geburt stärkeren Bindung zum Kind. Es sollte den Frauen, die es wirklich wollen, auch die Gelegenheit gegeben werden, eine Führungsposition inne zu haben. Eine Quote ist hierfür jedoch der falsche Ansatz. Die Junge Union Schleswig-Holstein spricht sich daher gegen eine gesetzliche Regelung über jegliche prozentuale Quote, auch einer Flexi-Quote, von Frauen in Führungspositionen aus.

Bildung als Garant für eine unabhängige Zukunft

Bildung ist einer der Schlüssel zum Erfolg und eine effektive Vorsorge vor eventueller Armut bzw. sozialer Schieflage. Eine erfolgreiche Bildungspolitik ist somit gleichzeitig das wichtigste Instrument einer erfolgreichen Arbeitsmarktpolitik.

Jedes Jahr verlassen mehr als 50.000 Jugendliche die Schule ohne Abschluss. Diese Schulabgänger ohne Abschluss vergrößern die Gruppe der bereits vorhandenen mehr als zwei Millionen gering qualifizierten Menschen in Deutschland. Durch eine vorbeugende Bildungspolitik und gezielte Förderung kann an dieser Stelle bereits frühzeitig geholfen werden, dass sich dieser Trend nicht weiter fortsetzt. Deshalb sollten auch Kindertagesstätten in die frühkindliche Bildung einbezogen werden.

Die Junge Union Schleswig-Holstein setzt sich für eine individuelle Förderung von Schülern ein, die sich gezielt an ihren jeweiligen Begabungen und Fähigkeiten orientiert. Um zukunftsfähig zu bleiben brauchen wir gegliederte Schulsysteme, eine solide Basisausbildung sowie eine engere Kooperation der Schulen mit Wirtschaft und Handwerk, vor allem in den Schulzweigen die nicht auf das Abitur zielen. Die Inhalte von Bildung müssen neben einer breitgefächerten und

zeitgemäßen Allgemeinbildung mehr denn je auf die Anforderungen und Fähigkeiten abzielen, die für die spätere Ausübung der aktuell relevanten Berufsfelder erforderlich sind.

Demografischer Wandel

Die allgemeine Lebenserwartung nimmt stetig zu, wodurch die Lebenserwartung von 25 Prozent der heute geborenen Mädchen und Jungen bei 100 bzw. 95 Jahren liegt. Gleichzeitig ist die Geburtenziffer konstant niedrig, es werden weniger Menschen geboren als sterben. In Bezug auf die Rentenlaufzeit führt dies zu einer immer länger werdenden Bezugsdauer von derzeit durchschnittlich 18,5 Jahren, bei gleichzeitig immer geringer werdendem Anteil von Rentenleistungserbringern, um weiterhin funktionsfähig zu bleiben.

Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert daher die Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme von der langfristig abnehmenden Zahl der sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmer zu entkoppeln (siehe hierzu Absatz Umsatzsteuer). Dies scheint derzeit der einzige Weg um nicht nur die Alterssicherung, sondern auch das Gesundheits- und Pflegesystem auf eine zukunftsfähige Basis zu stellen, ohne dabei durch den Demografischen Wandel geschwächt zu werden.

Die Junge Union Schleswig-Holstein ist sich im Klaren darüber, dass eine Veränderung der allgemeinen Lebenserwartung sowie der Geburtenrückgang auch eine Veränderung des Renteneintrittsalters zur Folge haben muss. Es darf keine Unausgewogenheit zwischen Leistungsempfängern und Leistungserbringern geben, damit unsere sozialen Sicherungssysteme auch zukünftig nicht an den Rand des Leistbaren getrieben werden.

Dennoch muss beim Renteneintrittsalter zukünftig eine Differenzierung nach Berufszweigen erfolgen, da die Inanspruchnahme und Belastung der Gesundheit der Arbeitskräfte als auch der Zeitpunkt und die Dauer der Erwerbstätigkeit nach der Ausbildung sehr stark variieren können. Wer beispielsweise körperlich lange und anspruchsvoll gearbeitet und seine Gesundheit belastet hat, muss ohne finanzielle Einbußen früher in Rente gehen können als beispielsweise Akademiker, die nach einem langen Studium oft ein bis zwei Jahrzehnte später erst in das Berufsleben einsteigen und weniger gesundheitliche Inanspruchnahme erfahren. Gleichzeitig muss der Staat fördern, wenn Personen über dem Renteneintritt hinaus auf geringfügiger Basis und nachgelagerten Aufgabenfeldern den Unternehmen mit Fachwissen und Erfahrung erhalten bleiben wollen und sollen. Die Freibeträge der Zuverdienstmöglichkeiten für Rentner müssen deshalb erhöht werden.

Transferleistungen

In unserem Land soll es jedem Menschen ermöglicht werden, seine Grundbedürfnisse zu decken, die es für ein menschenwürdiges Leben in einem westlichen Industriestaat im 21. Jahrhundert braucht. Dazu gehört eine ausgewogene Ernährung, ausreichend Wohnraum und Energieversorgung, Kleidung, medizinische und soziale Fürsorge sowie der freie Zugang zu Bildung. Zur Integration aller Menschen

in die gesellschaftliche Mitte ist es zudem unabdingbar, dass jeder Zugang zu Kommunikationsmitteln inklusive dem Internet und Mobilität, vorzugsweise dem öffentlichen Personennahverkehr, erhält. Die Teilnahme an kulturellen Ereignissen oder der Zugang zu Weiterbildungsmöglichkeiten muss ebenso wie die vorgenannten Punkte Bestandteil eines Transfersystems oder anderer politischer Instrumente sein. Alle darüber hinaus gehenden Individual- und Selbstverwirklichungsbedürfnisse müssen allein durch die Leistungsbereitschaft und den Einsatz der einzelnen Person in der Arbeitswelt gestillt werden. Hier glaubt die Junge Union Schleswig-Holstein an die Eigenverantwortung jedes einzelnen Bundesbürgers.

Jugendliche Leistungsempfänger

Eigenverantwortliches Handeln muss vor allem in der jungen Generation gestärkt werden. Es darf nicht sein, dass einige Jugendliche nach Ende der Schulzeit direkt beginnen ihren Lebensunterhalt vom Staat zu beziehen, anstatt durch eine Berufsausbildung den Grundstein dafür zu legen, auch in Zukunft für sich selbst sorgen zu können. Jedes Jahr bleiben tausende Lehrstellen unbesetzt, während zeitgleich Jugendliche nach Ende ihrer Schullaufbahn zu Empfängern von Sozialleistungen werden. Dies ist eine Fehlentwicklung die zwingend behoben werden muss. Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert daher, Transferleistungen von Jugendlichen ohne Lehrstelle oder Studienplatz an verpflichtende Praktika oder Weiterbildungen zu koppeln. Aus-, Fort- und Weiterbildung sind der Schlüssel zum beruflichen Erfolg und gesellschaftlichen Wohlstand eines einzelnen und des gesamten Landes. Lebenslanges Lernen muss gefördert werden und die Einstellung dazu bereits jungen Leuten vermittelt werden. Dabei gilt ein besonderes Augenmerk sich durch den technischen Fortschritt dynamisch verändernder Berufszweige sowie dem Bedarf, auch leistungsschwachen Schülern eine gerechte berufliche Tätigkeit und damit einen Platz in der Gesellschaft zu ermöglichen. Die Junge Union setzt sich dafür ein, das Handwerk als Berufsbild gerade für Jugendliche vermehrt zu fördern um eine Steigerung der Attraktivität dieses Berufsbildes zu erreichen.

Reformation der BAföG Regelung

Während es auf der einen Seite jugendliche Leistungsverweigerer gibt, gibt es ebenso potenzielle Leistungsträger deren Ambitionen durch starre Regeln in Bezug auf Ausbildung und Studium ausgebremst werden. Die derzeitigen Vergaberegeln des Bundesausbildungsförderungsgesetzes gleichen einer Schablone, die wenig Raum für Ausnahmen von der Regel bzw. für Sonder- und Notfälle lässt. So sieht die Junge Union Schleswig-Holstein es kritisch, dass die Vermögenssituation der Antragssteller relativ unreflektiert betrachtet wird und generell von einer „heilen“ Familiensituation ausgegangen wird. Hat eine Familie z.B. drei Kinder die gleichzeitig studieren, so ist dies auch bei einem

doppelten Akademikereinkommen ohne zusätzliche Unterstützung nur schwierig zu realisieren. Unterstützung in Form von BAföG wäre in diesem Fall allerdings für keines der Kinder zu erwarten, da die Familie nach den Bemessungsgrundlagen als „reich“ gelten würde. Die Junge Union Schleswig-Holstein sieht die derzeitige Regelung daher mehr als kritisch und fordert die Einführung eines vermögensunabhängigen und gleichzeitig in voller Höhe zurück zu zahlenden Bildungs-, Meister- und Studien-BAföG. Wer qualifiziert ist und eine Ausbildung oder ein Studium anstrebt muss auch die Möglichkeit dazu bekommen.

Leistungsmissbrauch / Leistungskürzungen

Viele Menschen kommen unverschuldet in die Situation von staatlichen Hilfsleistungen leben zu müssen und versuchen redlich, sich aus dieser Situation zu befreien und wieder auf eigenen Beinen zu stehen. Um diesen Prozess zu beschleunigen ist es wichtig, dass Ihnen dabei aktive Hilfe angeboten wird. Leider gibt es unter den Leistungsempfängern immer auch Personen, die das System vorsätzlich auszunutzen und somit der Solidargemeinschaft aktiv Schaden zufügen. Ein solches Verhalten ist unsolidarisch und darf unter keinen Umständen toleriert werden. Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert, dass Leistungerschleichung bzw. der Versuch mit empfindlichen Strafen geahndet wird.

Wiedereingliederung / Sozialdienste

Für jeden Leistungsempfänger muss es das erklärte Ziel sein, sich aus seiner Abhängigkeit zu befreien und wieder für seinen Unterhalt sorgen zu können. Daher ist es wichtig, dass es für Empfänger von Transferleistungen sinnvolle Weiterbildungs- und Schulungsangebote gibt, die die Wiedereingliederung erleichtern oder sogar beschleunigen können.

Weiter ist es wichtig, dass auch Mitbürger ohne ein geregeltes Arbeitsverhältnis einem geregelten Tagesablauf nachgehen, da es besonders nach längerer Untätigkeit immer schwieriger wird, sich wieder an einen festen Rhythmus zu gewöhnen. Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert daher vor allem für Langzeitarbeitslose die Einführung von verpflichtenden Arbeitsdiensten, welche primär dem Allgemeinwohl dienen sollen.

Steuerpolitik

Die Steuereinnahmen sind in den vorherigen Jahren bei Kommunen, Ländern und Bund auf Rekordniveau. Deutschland hat ein Ausgaben- und kein Einnahmenproblem, weswegen Steuererhöhungen der absolut falsche Weg sind. Dennoch fordern die Parteien des linken Spektrums Steuererhöhungen für Privatpersonen ebenso wie für Unternehmen. Die Junge

233 Union Schleswig-Holstein hält dies für den falschen Ansatz und setzt sich daher gegen
234 Steuererhöhungen ein. für steuerliche Erleichterungen insbesondere bei Mittelständischen
235 Unternehmen sowie für hart arbeitende Familien ein.

236 Der Wirtschafts- und Arbeitsmarktaufschwung würde durch Steuererhöhungen ins Stoppen
237 geraten, welche es in Folge mit aller Macht zu verhindern gilt. Im Gegenzug verschaffen
238 Steuererleichterungen mehr Finanzvolumen für Investitionen und den Ausbau von Arbeitsplätzen und
239 heizen die Wirtschaft als Motor Deutschlands weiter an. Wie im Laffer-Theorem beschrieben erhöht
240 eine Steuersenkung durch mehr Konsum sogar die Einnahmen des Staates.

241 Die Junge Union Schleswig-Holstein setzt sich vor allem für die Entlastung kleiner und
242 mittlerer Einkommen sowie den Abbau der kalten Progression ein. Sie folgt dabei dem
243 Grundsatz, dass derjenige der Arbeit mehr haben muss, als derjenige der nicht arbeitet.

244 Auch auf die Einführung einer Vermögenssteuer muss verzichtet werden, da ansonsten die
245 Kapitalsubstanz von Unternehmen angegriffen und in Krisenzeiten fehlen würde. Zudem würde
246 dann die Motivation für Hochqualifizierte fehlen, Spitzenjobs in der deutschen Wirtschaft anzunehmen
247 und diese Fachkräfte und Spezialisten, deren Mobilität vom Grundprinzip schon höher ist, würden ins
248 Ausland abwandern.

249 Es muss mehr auf die allgemeine Steuergerechtigkeit geachtet werden. Hierfür müssen die
250 Ausnahmeregelungen zurückgenommen und großzügige Subventionsmaßnahmen
251 eingeschränkt werden. Gleichzeitig setzt sich die Junge Union Schleswig-Holstein ausdrücklich für
252 eine schrittweise Vereinfachung des Steuersystems ein.

253 Nach Meinung der Jungen Union Schleswig-Holstein kann es keine „große Steuerreform“
254 geben, die dann für alle Zeit gilt. Das Steuerrecht muss sich dabei laufend den
255 gesellschaftlichen Veränderungen anpassen. Das Steuerrecht in seiner jetzigen Form im
256 Zusammenhang mit dem derzeitigen Wirtschaftsaufschwung hat Deutschland
257 Rekorderlöse eingebracht. Trotzdem muss darauf geachtet werden, dass die Gesellschaft
258 nicht zu stark belastet wird.

259 Bei einer Reform des Steuerrechts muss vor allem die Gerechtigkeit vor einer reinen
260 Vereinfachung stehen. Denn einfach muss nicht gerecht sein.

261 Die Steuern sollen in erster Linie den Staat finanzieren. Aber dabei ist zu beachten, dass jeder
262 Mensch nur nach seiner Leistungsfähigkeit (Nettoprinzip) besteuert wird.

263 „Steuern sind Geldleistungen, die nicht eine Gegenleistung für eine besondere Leistung
264 darstellen und von einem öffentlich-rechtlichen Gemeinwesen zur Erzielung von Einnahmen
265 allen auferlegt werden, bei denen der Tatbestand zutrifft, an den das Gesetz die
266 Leistungspflicht knüpft; die Erzielung von Einnahmen kann Nebenzweck sein“, § 3 Abs. 1
267 Abgabenordnung.

§ 3 Abs. 1 AO definiert den Begriff der Steuern und stellt klar, dass diese ausschließlich als Einnahmen für den Staat dienen. Dieser Absatz stellt auch klar, dass Steuern nicht für eine besondere Leistung gezahlt werden. Steuern haben daher den reinen fiskalischen Zweck der Staatsfinanzierung. Niemand darf direkte Gegenleistungen für Steuern erwarten. Trotzdem ist das Steuerrecht sehr dafür geeignet Wirtschafts- und Sozialpolitik zu betreiben und die Gemeinschaft zu einem bestimmten Handeln aufzufordern. So hat z.B. die Steuermäßigung für Handwerkerleistungen (20% des Lohnanteils) zu Verringerung der Schwarzarbeit geführt. Die Steuerfreiheit bis zu einem Betrag von max. 2.400 € im Jahr trägt zur Förderung des Ehrenamts bei und Menschen mit Behinderungen erhalten zusätzliche Steuervergünstigungen durch Pauschbeträge. Weiter fördern sogenannte Investitionsabzugsbeträge und Sonderabschreibungen die Investitionsbereitschaft kleinerer und mittlerer Unternehmen, sodass direkt eine Mittelstandsförderung durch das Steuerrecht erreicht wird. Die Erhöhung der Tabak oder Alkoholsteuer dient nicht nur der Finanzierung des Staates, sondern soll auch die Menschen vom zu starken Konsum abhalten. Die Junge Union Schleswig-Holstein sieht die Steuerpolitik nicht nur als Instrument der Staatsfinanzierung, sondern auch als Gestaltungsinstrument für gute christlich-demokratische Politik. Dabei muss aber die Finanzierung des Staates immer sichergestellt sein und der einzelne Bürger darf nur in Höhe seiner Leistungsfähigkeit belastet werden.

Einkommensteuer

Die Einkommensteuer dient der Besteuerung vom Einkommen natürlicher Personen als direkte Steuer in Form von Lohnsteuer, Kapitalertragsteuer und veranlagter Einkommensteuer. Nach Abzug des Grundfreibetrages von derzeit 8.130 € beginnt die Besteuerung mit dem Eingangssteuersatz i.H.v. 14%. Dieser Steuersatz erhöht sich mit steigendem zu versteuernden Einkommen bis zum Spitzensteuersatz von 42% bei einem zu versteuernden Einkommen von knapp 53.000 €. Ab 250.000 € zu versteuerndes Einkommen greift die sog. „Reichensteuer“ i.H.v. 45%. Ein starkes Problem ist der progressiv ansteigende Steuersatz. Die sog. „Kalte Progression“ zehrt jede Lohn- bzw. Einkommenserhöhung vor allem in den mittleren Gehaltsstufen der Fachkräfte und Leistungsträger unserer Wirtschaft übermäßig auf, weil durch die Erhöhung des Einkommens der Steuersatz entsprechend steigt. So werden Lohnerhöhungen, die dem Inflationsausgleich dienen, teilweise so stark besteuert, das unterm Strich weniger Netto verbleibt.

302 Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert daher die vollständige Aufhebung der kalten
303 Progression, in dem der Einkommensteuertarif der Kaufpreisentwicklung angepasst wird.
304 Im Rahmen des Bundestagswahlkampfes 2013 wurden von einigen Parteien Steuererhöhungen
305 als das Allheilmittel angepriesen. Die Junge Union Schleswig-Holstein lehnt Steuererhöhung
306 kategorisch ab. Die Einkommenssteuerbelastung und die Sozialbelastung muss inklusive Soli
307 unter 50% des Einkommens liegen.

308 Die Familie ist das Fundament unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens. Daher muss aus
309 Sicht der Jungen Union Schleswig-Holstein die Familie besonders gefördert werden. Die Junge
310 Union Schleswig-Holstein geht davon aus, dass die meisten Paare den Wunsch nach einer
311 Familie mit Kindern haben. Doch lange Ausbildungszeiten und die darauf folgende berufliche
312 Etablierung sowie auch hohe finanzielle Belastungen von Familien durch das Aufziehen von
313 Nachwuchs stellen den Kinderwunsch oft erst einmal hinten an.

314 Daher spricht sich die Junge Union Schleswig-Holstein hier noch einmal mit Nachdruck für die
315 Vereinbarkeit von Familie und Beruf aus. Um dies zu ermöglichen müssen verschiedene
316 Rahmenbedingungen geschaffen werden. Nur so kann die Familie und das Kinderzeugen wieder in den
317 allgemeinen Fokus gerückt werden. Dazu zählen unter anderem die Schaffung von Betreuungsplätzen,
318 die Freistellung vom Beruf ohne Karriereeinbußen und ein höheres Nettoeinkommen für Familien.

319 Die Erhöhung des Nettoeinkommens erfolgt derzeit durch Kindergeld wie auch
320 Kinderfreibeträge und teilweise über das Ehegattensplitting.

321 Die Junge Union Schleswig-Holstein sieht einen potenziellen Lösungsansatz daher unter
322 anderem in der Einführung höherer Familienfreibeträge. Die Höhe des Familienfreibetrages
323 richtet sich nach der Anzahl der Familienangehörigen. Das Einkommen der Eltern wird
324 zusammen gerechnet und für die Eltern wird nach Abzug des Familienfreibetrages der
325 Grundtarif angewendet. Der Familienfreibetrag setzt sich aus einem Betrag zusammen, der für
326 jedes Elternteil (8.130 €) und einen Betrag für jedes Kind (8.130 €) besteht. Dies bedeutet,
327 eine vierköpfige Familie würde erst ab einem zu versteuernden Einkommen i.H.v. 32.520 €
328 Steuern bezahlen. Weiter fordert die Junge Union Schleswig-Holstein eine Reform der
329 Elterngeldregelung. Derzeit werden z.B. Studenten nur mit dem Mindestsatz bedacht, was
330 häufig dazu führt, dass die Familienplanung in die Zukunft geschoben wird.

331

332 **Umsatzsteuer**

333 Die Umsatzsteuer als Verkehrssteuer besteuert den Verbrauch von Waren und
334 Dienstleistungen.

335 Eine zwingende Veränderung muss aus Sicht der Junge Union Schleswig-Holstein in der
336 Steuersatzfrage hergestellt werden. Die Anlage 2 zum UStG sieht diverse Ausnahmen zum
337 Regelsteuersatz von 19% vor, für die dann der ermäßigte Steuersatz von 7% gilt.

338 In dieser Anlage sind neben Nahrungsmittel auch Kunstgegenstände und Münzen aus unedlem
339 Metall genannt ebenso wie Maulesel. Pferde unterliegen dagegen dem Regelsteuersatz.

340 In der steuerlichen Praxis ergeben sich für Steuerpflichtige, aber auch für die
341 Finanzverwaltung erhebliche Abgrenzungsschwierigkeiten. Die Junge Union Schleswig-
342 Holstein fordert daher die Abschaffung des ermäßigten Steuersatzes und die Schaffung eines
343 einheitlichen Umsatzsteuersatzes. Die Umsatzsteuer ist aufgrund ihrer Systematik im B2B
344 Bereich sehr betrugsanfällig. Ein Unternehmer verkauft Waren an ein anderes Unternehmen
345 und führt die darauf berechnete Umsatzsteuer an das Finanzamt ab. Das erwerbende
346 Unternehmen holt sich genau diese Umsatzsteuer als Vorsteuer vom Finanzamt wieder. Somit
347 ist dieser Vorgang auf Unternehmerebene neutral gestellt. Belastet wird so am Ende nur der
348 Verbraucher.

349 Betrüger nehmen diese Systematik des Vorsteuerabzugs immer wieder zum Anlass, um den
350 Staat um seine Steuern zu erleichtern, indem Scheinunternehmen gegründet werden, welche
351 fiktive Geschäfte abwickeln bei denen ein weiteres Scheinunternehmen die Vorsteuerbeträge
352 beim Finanzamt anmeldet, sich auszahlen lässt und das andere Unternehmen die zu zahlende
353 Umsatzsteuer nicht abführt, sondern vom Markt verschwindet.

354

355 Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert daher auf Business-to-Business-Ebene (B2B) bei
356 allen Lieferungen und sonstigen Leistungen die Einführung des sog. Abzugsverfahrens
357 (Reverse-Charge).

358 Hierbei erfolgt die Umkehr der Steuerschuldnerschaft. Das bedeutet, nicht der leistende
359 Unternehmer führt die Umsatzsteuer ab, sondern der Leistungsempfänger muss die
360 Umsatzsteuer anmelden sowie abführen und kann beim Vorliegen der Voraussetzungen diese
361 Umsatzsteuer als Vorsteuer in der gleichen Voranmeldungen geltend machen.

362 Dies führt auf der einen Seite zur Vereinfachung bei der Finanzverwaltung und wirkt auf der
363 anderen Seite dem Steuerbetrug entgegen.

364 Die Junge Union Schleswig-Holstein befürwortet fordert den § 4 UStG, also die steuerfreien
365 Lieferungen und sonstigen Leistungen auf den Prüfstand zu stellen.

366 Auch wenn der Begriff „Umverteilung“ generell nicht zum Wortschatz der Jungen Union
367 Schleswig-Holstein gehört, sollte mit dem Aufkommen der Umsatzsteuer eine Umverteilung
368 stattfinden.

Und zwar mit dem Zweck Arbeitsplätze für Unternehmer und Beschäftigte günstiger zu gestalten. Die Lohnnebenkosten sind ein großer Kostenfaktor für Arbeitgeber und führen bei Arbeitnehmern zu einer entsprechenden Differenz zwischen Brutto und Netto.

Die Umsatzsteuer ist mit 194.635 Mio. Euro die Steuer mit dem höchsten Aufkommen (Quelle: BMF Steuerspirale 2012). Da jeder In- und Ausländer in Deutschland in irgendeiner Form Waren und Dienstleistungen verbraucht, trägt jeder zu diesem Aufkommen bei. Die Umsatzsteuer ist also eine Steuer, die von sehr vielen Schultern getragen wird.

Die Lohnnebenkosten betragen für Arbeitgeber und Arbeitnehmer gemeinsam knapp über 41%. Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert eine Senkung auf unter 30%.

Lohnnebenkosten sollten für Beschäftigungen im Ausbildungsverhältnis gänzlich wegfallen.

Die Differenz soll durch eine entsprechende Erhöhung der Umsatzsteuer ausgeglichen werden.

Vermögensteuer

Die Junge Union Schleswig-Holstein spricht sich klar gegen eine Vermögensteuer aus.

Eine Vermögensteuer besteuert nach ihrem Wesen die „Substanz“ von betrieblichen und privaten Vermögen unabhängig, ob diese Vermögen laufende Erträge erzielen.

Unternehmen haben es dadurch schwerer Eigenkapital zu bilden und somit wird Wachstum und Beschäftigung verhindert. Im privaten Bereich belastet die Vermögenssteuer den Aufbau einer privaten Altersvorsorge. Die Vermögensteuer wird seit 1997 nicht mehr erhoben, weil das Bundesverfassungsgericht sie in seinem Urteil v. 22. Juni 1995 als verfassungswidrig erklärt hat. Desweiteren müssten in den Finanzämtern eine neue Veranlagungsstelle für die Vermögensteuer eingerichtet werden und die Vermögensverhältnisse aller Deutschen müsste erfasst und ermittelt werden, was den Verwaltungsapparat weiter aufbläht.

Erbschafts- und Schenkungsteuer

Genauso wie die Vermögensteuer besteuert die Erbschaft- und Schenkungsteuer Substanz von betrieblichen und privaten Vermögen. Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert die Abschaffung dieser Steuer. Andere Staaten, wie z.B. Österreich haben diese Steuer bereits abgeschafft, sodass sich dadurch der Steuerwettbewerb nachteilig für Deutschland auswirkt.

Vermögensabgabe

Aus Sicht der Jungen Union Schleswig-Holstein stellt eine Vermögensabgabe eine Enteignung dar, die entschieden abgelehnt wird. Zudem bezweifelt die Junge Union Schleswig-Holstein, ob so eine Vermögensabgabe verfassungsgemäß wäre.

404
405 **Grunderwerbsteuer**
406 Die Grunderwerbsteuer ist als Landessteuer die einzige Steuer, deren Höhe Länderhoheit ist.
407 Die Junge Union Schleswig-Holstein lehnt die Erhöhung des Grunderwerbsteuersatzes in
408 Schleswig-Holstein von derzeit 5% auf dann deutschlandweit den höchsten Wert von 6,5%
409 entschieden ab (geplant durch die Küstennebel Koalition ab 1.1.2014).
410 Um einen Ausgleich zur Abschaffung der Erbschaft- und Schenkungsteuer zu schaffen, sieht
411 die Junge Union Schleswig-Holstein die Erfassung von Erb- und Schenkungsfällen als
412 Zugehörigkeit zum Grundvermögen und somit zu der Grunderwerbsteuer als eine Möglichkeit.
413 Besonders durch die Ausweitung auf Erb- und Schenkungsfälle hält die Junge Union Schleswig-
414 Holstein einen Steuersatz von unter 5% für angemessen-

415
416 **Finanzverwaltung**
417 Die Junge Union Schleswig-Holstein begrüßt die Einführung der elektronischen
418 Steuererklärungen in den letzten Jahren und die Weiterentwicklung hin zur elektronischen
419 Bilanz. Trotzdem müssen die Abläufe der Finanzverwaltung technisch noch weiterentwickelt
420 werden, um Bearbeitungszeiten zu verkürzen, wodurch unter anderem personelle Kapazitäten
421 für die Außenprüfung frei werden und der Steuervollzug in Folge effektiver werden würde.

422
423 **Bekämpfung von Steuerhinterziehung**
424 Die Junge Union Schleswig-Holstein verurteilt Steuerhinterziehung auf das schärfste. Dennoch
425 darf der Steuerbürger nicht unter Generalverdacht gestellt werden.
426 Derzeit ist bereits bei der verspäteten Abgabe einer Umsatzsteuervoranmeldung der
427 Tatbestand der Steuerhinterziehung erfüllt. Genau wie im Strafrecht muss gelten, dass ein
428 Steuerbürger so lange unschuldig ist, bis der Steuervollzug ihm das Gegenteil beweisen kann.
429 Dies ist eine Umstand, den die Junge Union Schleswig-Holstein in dieser Form als überzogen
430 betrachtet und fordert daher eine strafbefreiende Nacherklärungsmöglichkeit bis 50.000 €. Ab
431 50.000 € hält die Junge Union Schleswig-Holstein die gelten Vorschriften für ausreichend.
432 Als wichtiges Instrument gegen Steuerhinterziehung sieht die Junge Union Schleswig-Holstein
433 den internationalen Datenaustausch. Insbesondere in Form von internationalen Abkommen.
434 Dagegen sprechen wir uns klar gegen den Ankauf von Steuer-CDs aus. Der wirklich große Schaden
435 entsteht dadurch, dass Unternehmen oder auch Privatpersonen ihre Vermögensstämme
436 international verteilen und die Erträge nicht erklärt werden. Die deutsche Finanzverwaltung
437 muss in der Lage sein in alle Ländern alle Einkünfte und Vermögensverhältnisse eines
438 Steuerpflichtigen bei begründetem Verdacht abfragen zu können. Weiter müssen Banken

439 weltweit verpflichtet werden die Erträge ihrer Kunden an den zu steuernden Staat
440 elektronisch zu übermitteln.
441 Als nächster Schritt müssen die Standards in den Finanzverwaltungen angeglichen werden. Ein
442 Anfang wäre es, einheitliche Standards bei der Abwicklung von Steuerfällen auf EU-Ebene.
443 Hier geht es z.B. um Überwachungsstandards im Bereich des Transfer Pricing, also die
444 Kontrolle von Verrechnungspreisen bei grenzüberschreitenden unternehmensinternen
445 Verbringen von Waren und Dienstleistungen. Bei diesen Verbringungsgeschäften können
446 Gewinne in Niedrigsteuerrländer verschoben werden, wenn die Standards der
447 Verrechnungspreise nicht eingehalten werden.

448
449 **Verteilung der Steuereinnahmen auf die Gebietskörperschaften**
450 Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert eine unabhängige und wissenschaftliche
451 Untersuchung, ob der Verteilungsschlüssel der Gemeinschaftsteuern noch angemessen ist
452 oder ob hier Veränderungen nötig sind. Insbesondere in Hinblick darauf, dass unsere
453 Gemeinden und Kreise immer mehr Aufgaben vom Bund und Land übertragen bekommen und
454 die Konnexität nicht überall erkennbar ist. Insbesondere die Kreise, die in ihrer
455 Ausgleichsfunktion gegenüber ihren Gemeinden viele Aufgaben übernommen haben, haben
456 sich in den letzten Jahren durch die Abarbeitung von Pflichtausgaben überschuldet.
457 Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert demnach eine Anpassung des Verteilerschlüssels.

458
459 **Schluss**
460 Die sozialen Sicherungssysteme und die Funktionalität der Solidargemeinschaft der
461 Bundesrepublik Deutschland haben Vorbildcharakter und wir können mit Recht stolz darauf
462 sein. Die vorangegangenen Ausführungen haben gezeigt, wo die Stärken des Systems liegen,
463 aber gleichzeitig auch deutlich gemacht, wo es Bedarf für Reformen bzw. Verbesserungen gibt.
464 Veränderungen müssen hierbei vor allem dazu dienen, Leistungsträger in Zukunft zu entlasten
465 und Motivationsanreize für Leistungsempfänger zu schaffen. Darüber hinaus brauchen wir
466 eine zukunftsweisende Steuergesetzgebung die nicht nur einfacher, sondern vor allem
467 gerechter ist.

468 Die Junge Union Schleswig-Holstein glaubt an eine Leistungsgesellschaft und fordert daher:
469 Leistung muss sich lohnen!
470 Im Sinne des christdemokratischen Menschenbildes wird aber kein Bürger in Deutschland aus
471 der Mitte der Gesellschaft fallen gelassen, sondern es wird solidarisch auch den Schwächsten
472 ermöglicht, mindestens ihre Grundbedürfnisse zu erfüllen. Ziel ist es dabei, alle Menschen zu
473 motivieren, sich nach ihren individuellen Stärken und Schwächen in die Arbeitswelt

474 einzubringen und durch Leistung ihren Teil sowohl zum Gemeinwohl als auch für den
475 Wohlstand der eigenen Familie zu erbringen.
476

477 Um dieses Ziel zu erreichen fordert die Junge Union Schleswig Holstein daher zusammenfasst
478 folgendes:
479

- 480 • Lockerung des Kündigungsschutzes um Einstellungsbarrieren abzubauen
- 481 • Kategorische Ablehnung eines gesetzlichen Mindestlohns
- 482 • Keine Einführung einer gesetzlichen Frauenquote
- 483 • Förderung von Schülern nach ihren individuellen Begabungen
- 484 • Mehr Kooperation der Schulen mit der Wirtschaft, vor allem bei den Schulzweigen die
485 nicht auf das Abitur zielen
- 486 • Entkoppelung der Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme von der langfristig
487 abnehmenden Zahl der sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmer
- 488 • Für Berufszweige differenzierte Verlängerung der Lebensarbeitszeit
- 489 • Stärkung der Eigenverantwortung jedes Bürgers
- 490 • Motivationsanreize für Leistungsempfänger erhöhen
- 491 • Keine Transferleistungen oberhalb der Grundsicherung, zu der auch die Teilnahme am
492 kulturellen Leben gehört
- 493 • Transferleistungen von Jugendlichen ohne Lehrstelle oder Studium an verpflichtende
494 Praktika oder Weiterbildungen koppeln
- 495 • Reform der BAföG Regelung hin zu einer Unterstützung, die unabhängig vom
496 Vermögen der Eltern zu vergeben und in voller Höhe zurückzuzahlen ist
- 497 • Höhere Strafen bei Leistungsmissbrauch
- 498 • Beschleunigung der Wiedereingliederung von Langzeitarbeitslosen durch
499 verpflichtende Schulungs- und Weiterbildungsangebote
- 500 • Einführung von sozialen Arbeitsdiensten für Langzeitarbeitslose
- 501 • Besteuerung nur nach der Leistungsfähigkeit (Nettoprinzip).
- 502 • Abbau der „Kalten Progression“ durch die Anpassung des Einkommensteuertarifs an
503 die Kaufpreisentwicklung.
- 504 • Keine einseitigen Steuererhöhungen. Die gesamte Steuerbelastung und
505 Sozialbelastung inklusive Soli darf nicht mehr als 50% betragen.
- 506 • Abschaffung des ermäßigten Steuersatzes gem. § 12 Abs. 2 UStG und Schaffung eines
507 einheitlichen Steuersatzes in der Umsatzsteuer.

- Einführung bzw. Erweiterung des Reverse-Charge-Verfahrens auf alle Lieferungen und sonstige Leistungen im B2B Bereich
- Überprüfung der Steuerbefreiungen im § 4 UStG.
- Senkung der Lohnnebenkosten auf unter 30% durch entsprechende Erhöhung des Umsatzsteuersatzes.
- Keine Einführung einer Vermögenssteuer.
- Abschaffung der Erbschaft- und Schenkungsteuer
- Keine Einführung einer Vermögensabgabe
- Erweiterung der Grunderwerbsteuer durch Erb- und Schenkungsfälle bei Grundstücken und Senkung des Grunderwerbsteuersatzes auf unter 5%.
- Keine Erhöhung des Grunderwerbsteuersatzes auf 6,5%.
- Finanzverwaltung zur E-Verwaltung weiter ausbauen.
- Freie Kapazitäten in der Veranlagung für die Außenprüfung einsetzen.
- Uneingeschränkten internationalen Datenaustausch zwischen den Finanzverwaltungen.
- Einheitliche Finanzverwaltungsstandards auf EU-Ebene einführen.
- Schlüsselaufteilung der Gemeinschaftssteuern überprüfen.
- Anpassung des Verteilungsschlüssels der Gemeinschaftsteuer

Ole Plambeck / Jan Potocki für die Kommission Wirtschaft & Energie